

25. / 10. 1917

54

Die Eröffnung des österreichischen Parlaments und das Programm der Tagung.

Von Dr. Julius Sylvester,
Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Das neueste Schlagwort, welches hinausgegeben worden ist, heißt: „wir müssen umlernen in allem und jedem“. Dagegen liegt allerdings der uralte und gewiß ebenfalls sehr wahre Satz vor: „Expellas naturam tamen furca redibit“. Wie dem nun aber immer sei, so wird doch die gegenwärtige Not jedenfalls manches in Zukunft ändern und auch in den politischen Verhältnissen nicht ohne Einfluß bleiben. Die Parteiverhältnisse des österreichischen Abgeordnetenhauses waren vor dem Kriege derartige, daß man mit Sicherheit im vorhinein nicht sagen konnte, ob eine regelmäßige Funktion desselben stattfinden könne oder nicht. In der verfloffenen Session seit dem Jahre 1911 ist es verhältnismäßig gut gegangen, die größten Vorlagen wurden allerdings unter verschiedenen Widerständen, aber doch glücklich durchgebracht, der Militärstrafprozeß, die Dienstpragmatik, die großen finanziellen Vorlagen, das Kriegsdienstleistungsgesetz und eine ganze Reihe anderer Vorlagen, über hundert, wurden verhältnismäßig rasch von dem Reichsrat in der verfloffenen Session, die fast volle drei Jahre gedauert hat, erledigt. Auch die Behinderung am Schluß wurde überwunden sein, wenn gegenseitig guter Wille vorhanden gewesen wäre.

Der Reichsrat hat nun über drei Jahre nicht getagt, die Ursache davon war nicht der Krieg, sondern die Obstruktion, welche am Schluß der Session eingesetzt hat. Wiederholt haben sich die Parteien bemüht, die Einberufung des Reichsrates während der Kriegsdauer herbeizuführen. Die Einberufung scheiterte aber an dem festen Willen des Grafen Stürgkh, unter gar keinen Umständen während des Krieges mehr den Reichsrat zusammen zu berufen. Er äußerte sich wiederholt gegenüber verschiedenen Leuten, nur über seine Leiche werde der Reichsrat einberufen. Tatsächlich beschäftigte sich auch die Regierung, welche dem Grafen Stürgkh folgte, sofort mit der Einberufung des Reichsrates, und das Ministerium Koerber trug sich gleich bei Übernahme der Regierung mit diesem Gedanken. Nach dem Ministerium Koerber folgte das Ministerium Graf Clam-Martiniß. Schon unter dem Ministerium Stürgkh hatte sich Graf Clam-Martiniß als Führer der Rechten im Herrenhause an die Spitze einer Bewegung gestellt, welche die Einberufung des Reichsrates ermöglichen sollte. Zu diesem Behufe hatten sich alle drei Parteien des Herrenhauses vereinigt, und auch die Parteien des Abgeordnetenhauses schlossen sich in einer gemeinsamen Sitzung diesem Begehren an. Ende Dezember des Vorjahres wurde nun Graf Clam-Martiniß zur Regierung berufen und es blieb ihm daher nichts übrig als die Einberufung des Reichsrates auch herbeizuführen. Warum die „Neuordnung der politischen Verhältnisse“ in Oesterreich nicht vorher in die Wege geleitet worden ist, warum die sogenannten „Voraussetzungen“ nicht geschaffen wurden, ist hier nicht am Platze, eingehend zu besprechen. Tatsache ist, daß die Regierung Clam-Martiniß sich veranlaßt sah, ohne vorherige Regelung, ohne Schaffung der „Voraussetzungen“ den Reichsrat für den 30. Mai einzuberufen.

Die große Frage nun, wie der Reichsrat funktionieren wird, läßt sich mit voller Sicherheit im vorhinein nicht beantworten. Eine bestimmte Regierungsmajorität ist nicht vorhanden. Ob es Clam-Martiniß gelingt, die ihm widerstrebenden Politiker für eine bestimmte Richtung zu gewinnen, läßt sich schwer voraussagen. Zweifellos ist, daß alle Parteien in Oesterreich an der ordnungsmäßigen Tagung des Hauses das größte Interesse haben und daß sie sich auch bestreben werden, die Verhandlungen durch Obstruktion nicht zu verhindern. Insofern dürften alle Parteien in letzter Zeit umgelernt haben, „daß sie den Ast, auf dem sie sitzen, nicht absägen wollen“. Außerdem dürfte die Aufgabe des einberufenen Reichsrates keine allzu große sein. Man denkt an eine Session bis höchstens Mitte Juli, und im Herbst sollen dann die Delegationen, die Ungarn schon längst verlangt hat, zusammentreten. Soweit man die Verhältnisse übersehen kann, dürfte eine allgemeine größere politische Debatte stattfinden, in welcher die Wünsche und Beschwerden der einzelnen Parteien zum Ausdruck kommen sollen. Dann dürfte sich die Tätigkeit hauptsächlich in größeren Ausschüssen, die geplant sind, abspielen.

Die Regierung wird die erlassenen kaiserlichen Verordnungen zur Genehmigung vorlegen, die Zahl dürfte gegen 120 sein, dann dürfte ein Finanzausschuß, ein Geschäftsrundordnungsausschuß und ein Kriegswirtschaftsausschuß, ein Immunitätsausschuß, ein politischer oder Verfassungsausschuß gewählt werden. Das erste, was zur Erledigung kommen soll, ist die Geschäftsordnung, die dringend einer Neuregelung bedarf. Die Anleihenragen werden im Finanzausschuß zur Sprache kommen und die Ernährungsfragen dem Kriegswirtschaftsausschuß zugeteilt werden. Alle

übrigen wichtigen Gegenstände dürften den politischen oder Verfassungsausschuß beschäftigen.

Die allgemeine Stimmung für eine arbeitsreiche Tätigkeit ist gegenwärtig gut. Auch die Zwistigkeiten unter den Parteien haben durch die Kriegslage wesentlich nachgelassen. In Oesterreich muß man aber immer auch auf Unwahrscheinlichkeiten gefaßt sein und darum kann man ein ganz sicheres Bild über die Entwicklung der künftigen Tagung nicht geben.